

Moratorium für drei Jahre?

Englisch-französischer Vorschlag für die Reparationskonferenz

Und Amerika?

SPD Paris, 30. Dezember.

Wie der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ meldet, dürften sich die Arbeiten der Reparationskonferenz gemäß dem Abkommen, das die französischen und englischen Sachverständigen vorbereiteten, auf eine provisorische Lösung des Reparationsproblems beschränken, die etwa folgendermaßen aussehen würde:

1. Deutschland soll ein vollständiges Moratorium für die geschuldeten Annuitäten auf die Dauer von drei Jahren erhalten.
2. Deutschland soll, um das Prinzip des Youngplans zu achten, aufgefordert werden, während dieser drei Jahre die ungekündigten Annuitäten an die BIZ zu zahlen. Die Summen würden aber von Frankreich gemäß dem Verfahren des Hoover-Moratoriums sofort wieder der Reichsbahn als Anleihe zur Verfügung gestellt werden.
3. Als Gegenleistung würde Deutschland einigen Ländern wie Frankreich, Rumänien und Südafrika ein Minimum von Sachlieferungen überlassen.
4. Nach Ablauf des dreijährigen Moratoriums würde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von neuem geprüft werden.
5. Deutschland soll mit den amerikanischen, englischen, französischen und neutralen Banken ein Abkommen über die allmähliche Rückzahlung der kurzfristigen Kredite abschließen.
6. Die Gläubiger Deutschlands würden gemeinsame Maßnahmen ergreifen, um die Washingtoner Regierung davon zu überzeugen, daß, nachdem sie die wirtschaftliche Sanierung begünstigt haben, ihre Opfer eine entsprechende Herabsetzung der Kriegsschulden notwendig machen. Da sich der amerikanische Kongress nur der Streckung oder Herabsetzung der Schulden widersetzt hat, glaube man, daß man eine ständige Erneuerung des Hoover-Moratoriums erreichen werde.

Wann Reparationskonferenz?

SPD Paris, 29. Dezember.

Wie das „Journal des Debats“ meldet, dürfte Ministerpräsident Laval die französische Delegation auf der bevorstehenden

Reparationskonferenz zunächst persönlich führen. Er werde sich aber damit begnügen, die französische Delegation darzulegen und dann wahrscheinlich nach einem zweitägigen Aufenthalt wegen der parlamentarischen Arbeiten nach Paris zurückzukehren. Die Zeitung fügt hinzu, daß über den Tagungsort noch kein Beschl. gefaßt sei und die Konferenz wahrscheinlich zwischen dem 18. und 25. Januar beginnen werde.

Amerika lehnt Teilnahme ab

SPD Washington, 30. Dezember.

Der Staatssekretär des amerikanischen Schatzamtes erklärte am Dienstag amtlich, daß Amerika, selbst wenn es zu der bevorstehenden Reparationskonferenz über das Reparationsproblem eingeladen werden sollte, keine Delegation zu der Konferenz entsenden werde. Bisher liegt übrigens eine Einladung noch nicht vor.

Macdonalds Brief an Laval

SPD London, 29. Dezember.

Die „Times“ stellen in ihrer Dienstag-Ausgabe fest, daß Macdonalds Brief an Laval von vor Weihnachten datiere und der englische Ministerpräsident seine französischen Kollegen in dem Schreiben zur Mitarbeit an einer Vereinbarung über das Reparationsproblem eingeladen habe. Das Schreiben sei von dem gleichen Ministe... wie dasjenige, das der Premierminister 1924 bald nach seinem ersten Amtsantritt an Poincaré gerichtet habe. Der Brief Macdonalds enthalte jedoch keine ausdrückliche Einladung zu einem Besuch in London. Es sei jedoch keineswegs ausgeschlossen, daß Macdonald und Laval nach Beendigung der vorbereitenden Besprechungen der französischen und britischen Sachverständigen und vor Eröffnung der Internationalen Reparationskonferenz eine Zusammenkunft haben würden.

Der französische Botschafter in London stattete dem englischen Außenminister am Dienstag einen Besuch ab. Gegenstand der Besprechung bildete der Termin der Eröffnung der Internationalen Reparationskonferenz. Als Ort der Konferenz wird hier nach wie vor Lausanne genannt.

ösischer General de Meck, damals Kommandeur der Besatzungstruppen in der Pfalz, ein Gelingen des Münchener Hitterputsches „nicht ungern gesehen“. In dem Buche des Times-Korrespondenten Gage „Die Revolutionsrepublik“ (Katholischer Gildeverlag, Köln) lesen wir: „In München ließ sich Frankreich sogar zu Intrigen mit dem notorischen Faschisten Hitter herbei.“

Der inzwischen verstorbene englische Pazifist Morel hat in den Herbsttagen 1923 den bayerischen Generalstaatskommissar von Rahr persönlich aufgesucht und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß französische Gelder auf allerlei Wegen in die Hitterkasse fließen, wie er in Paris aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren habe.

Der frühere Presseschef Hitters, Otto May, zitiert in seiner Broschüre „Adolf Hitler und seine Kanaille“ einen Brief aus München vom 6. Juni 1923 an die Doktoren Neubauer und Brademann, aus dem sich ergibt, daß die Hitterleute ganz bewußt dem französischen General Degoutte in die Hände arbeiteten, um ihm die Möglichkeit zu geben, die sozialistisch-kommunistische Bewegung in einem Blutbad zu erstickten. Die Nationalsozialisten wollten zu diesem Zwecke sogar Spindel in die kommunistischen und auch separatistischen Reihen schießen. Dafür sollten sie von den französischen Militärs die Erlaubnis bekommen, ihrerseits im unbesetzten Gebiet gegen die demokratisch-sozialistische Linke mit Gewalt vorzugehen und die Nacht zu ergreifen.

Das im Grünstädter Prozeß neu hinzugekommene Material bestätigt nur die bisherigen Beobachtungen über die Hittersche Reaktionspolitik, die vor keiner verbrecherischen und direkt landesverräterischen Machenschaft zurückschreckt, um endlich an das heißersehnte Ziel der ungezügeltsten Gewaltanwendung zu kommen.

Der Hitterputsch hatte bekanntlich ein verunglücktes Vorspiel in der Hoch- und Landesverratsaffäre Fuchs-Machhaus, in der es nach der Ruhrbesetzung darum ging, in Bayern die verfassungsmäßigen Gewalten zu beseitigen und so die Basis für einen reaktionären Umsturz in ganz Deutschland zu gewinnen. Der Hauptverschwörer Fuchs, der mit den Geldern des französischen Militärregiments Richter, einen Vertrauensmann von Millerand, arbeitete, hatte engste Beziehungen zu den Münchner Behörden, zu Bödner und Fric (damals schon Komplotte von Hitter), den Beherrschern der Münchner Polizei, zum Hauptmann Köhm (heute Chef der SA), damals Verbindungsmann der Reichswehr zur rechtsradikalen Bewegung, Fric, heute Anwärter auf ein wichtiges Ministeramt in Reich, ließ Fuchs jede Unterstützung zuteilwerden, er stellte die Verbindung zu Köhm und zu dem berüchtigten Fremdeprofessor Dr. Ruge her. Fric telephonierte Fuchs persönlich an und teilte ihm mit, daß die bei seinem Besuche erörterte Sache (der putschistisch-verschwörerischen Auflehnung gegen die verfassungsmäßigen Verhältnisse im Reich) auch von Ruge und diesem nahestehenden Personen angeregt worden sei und sich in Entwicklung befände. Auch die Reichswehr sei damit befaßt. Ohne Widerspruch von seinen Zeugen Fric konnte der Hauptangeklagte Fuchs später im Prozeß sagen: „... wurde mir wiederholt versichert, daß auch die Führung der Organisationen zu Hitter und den unter ihm stehenden Bewaffneten hergestellt sei, und zwar auf Grund der aktivistischen (des putschistischen) Tendenzen.“ Fric habe ihn wunschgemäß beraten. In einer Angelegenheit, die nichts anderes als einen völligen Umsturz der demokratisch-republikanischen Verfassung bezweckte, der sich praktisch auf die französischen Bajonette stützen sollte!

Es spricht daher alles dafür, daß die Aussage des von den Hitterleuten verfolgten pfälzischen Bürgermeisters Römer den wahren Tatbestand wiedergibt. Feing hat zu Römer gesagt: „Ich mache meine Bewegung nicht mit den Franzosen, dagegen meinen Putsch mit den Herren drüben in München.“

Einen Putsch wollten in München sowohl Rahr als auch Hitter machen. Indem Hitter dem Rahr zuvorkommen suchte, brachte er beide Putschmanöver, das eigene und das von Rahr-Seitzer-Losow zum Scheitern.

Die Regierungsbildung in Hessen

Keine Verständigung zwischen Zentrum und Nazis

SPD Darmstadt, 30. Dezember.

Der Briefwechsel zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Neubildung der hessischen Regierung ist offiziell immer noch nicht abgeschlossen. Die Antwort der Nationalsozialisten auf die Erklärung des hessischen Zentrums zu den „Bedingungen“ der Nazis steht nunmehr bereits seit mehreren Wochen aus. In der Zwischenzeit hat die Presse des Zentrums und der Nationalsozialisten in Hessen die Frage weiter ventiliert, ob eine Regierung zwischen Nazis und der Zentrumsfraktion des hessischen Landtages möglich ist. Neuerdings wird diese Frage von beiden Teilen verneint, wie es eigentlich von allem Anfang an zu erwarten war. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die gegenwärtige geschäftsführende Regierung Hessens zunächst noch auf Monate hinaus im Amte bleibt.

Das Ziel der nationalsozialistischen Politik in Hessen ist nicht die Übernahme der Verantwortung, sondern die Herbeiführung baldiger Neuwahlen. Die Nazis hoffen bei Neuwahlen eine neue Verstärkung zu erfahren. Vorerst suchen sie nach einer Plattform zur Einziehung eines Volksbegehrens auf Auflösung des hessischen Landtages.

Proteste gegen Treviranus

Um die Verreichlichung der Wasserstraßen

SPD Die von der Reichsregierung geplante Übernahme der Wasserstraßenverwaltung löst außer bei Bayern auch bei Preußen auf Widerstand, so daß sich die für den 15. Januar angelegten Verhandlungen des Reichsverkehrsministeriums mit den Länderregierungen über das strittige Problem nicht ganz einfach gestalten dürften.

Preußen bestreitet vor allem, daß das Reich bei der Übernahme der Wasserstraßenverwaltung im Vergleich zu den bisherigen Ausgaben für diese Verwaltung einen Betrag von 2 Millionen Mark spart. Im übrigen sei die Wasserstraßenverwaltung bisher so gehandhabt worden, daß der Reichsverkehrsminister keine Anordnungen den regionalen Landesbehörden übermitteln habe, nur bei ganz wichtigen Angelegenheiten sei die Landesregierung selbst eingeschaltet worden. Ginge es jetzt nach den Plänen des Reiches, dann würden in Zukunft zwei getrennte Behörden über Wasserstraßenfragen befinden müssen, die Reichs- und Landesbehörden. Das bedeute einmal eine Erschwerung des Verkehrs mit dem Publikum durch doppelten Schriftverkehr, außerdem aber werde auch ein Ausgleich der verschiedenartigen Interessen erschwert.

Der Bremer Senat hat am Dienstag beim Reichsverkehrsministerium ebenfalls telegraphisch gegen die Übernahme der Wasserstraßenverwaltung auf das Reich protestiert.

Herunter mit den Preisen

Der Preisabbau bei Bahn und Post

Nur Senkung der Gütertarife

SPD Die Reichsbahngesellschaft läßt für verbleibende Waren und in den Wagengeldern weitere Tarifermäßigungen von 12 bis 15 Prozent eintreten.

Sollen wirklich nur die Gütertarife gesenkt werden? Eine Senkung der Personentarife wäre angesichts der scharfen Schmälerung des Einkommens der werktätigen Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit. Die Reichsbahn rührt sich aber nicht, weil die Reichsregierung von ihr nur eine Senkung der Gütertarife gefordert hat.

Eine Senkung des Personentarifs würde nur das Unrecht wieder gutmachen, das seinerzeit bei der Erhöhung dieses Tarifs an den Reisenden der untersten Wagenklasse begangen worden ist. Sie müssen den höheren Tarif bezahlen, fahren aber heute noch in den alten Wagen.

Die Gütertariffenkung geht in erster Linie zu Lasten des Personals der Reichsbahn. Den Vorteil davon haben vor allem die Unternehmer. Kann übrigens die Reichsbahn nicht auch an ihren Auslagen für Kohle härtere Einsparungen machen? Warum macht sie nicht wenigstens einen Versuch in dieser Beziehung?

Nazi-Typen

Der Nationalsozialist Georg Frey in Stuttgart wurde wegen eines Verbrechens des Diebstahls im Rückfall, wegen Erpressung und widerrechtlicher Anzucht (§ 176) zu einem Jahr zehn Monaten Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt. Frey ist wegen der gleichen Delikte u. a. auch wegen räuberischer Erpressung schon mehrfach vorbestraft. Mit ihm war sein Erpressungsopfer, ein 63jähriger Krankenwärter von Kirchberg a. d. Murr, wegen eines Vergehens gegen den § 176 angeklagt. Er erhielt einen Monat Gefängnis.

Weihnachtssende



Fort endlich mit der liebevollen Weihnachtsstimmung. Länger als drei Tage kann sich der Mensch nicht verstellen!

Streifagitation im Ruhrgebiet

Kommunistische Flugblattverteiler festgenommen

In Dortmund-Bodelschwingh versuchten am Montagabend kurz nach 22 Uhr aus Ungehörigkeit der Sache Westhauen einige Kommunisten Flugblätter zu verteilen, in denen zum Streik ab 2. Januar aufgefordert wird. Bei dieser Flugblattverteilung kam es zu Ansammlungen, so daß das Ueberfallkommando herbeigerufen wurde, das drei Flugblattverteiler verhaftete. Einige Kommunisten versuchten daraufhin, einen der Festgenommenen wieder zu befreien. Die Beamten wurden ernstlich bedroht und mußten schließlich zwei Schredsköpfe abgeben, um die Menge zurückzuhalten. Bei den Festgenommenen wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt, wobei eine Anzahl Flugblätter und einige illegale Druckschriften vorgefunden und beschlagnahmt wurden. Zwei der Verhafteten wurden inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt, während der dritte dem Vernehmungsrichter zugeführt wurde.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung bringt in ihrer Morgenausgabe vom 30. Dezember einen längeren Bericht über „Kommunistische Arbeit an der Ruhr“. In diesem Artikel führt das Blatt u. a. aus, der kommunistische „Zentrale Kampfausschuß der Ruhrarbeiter“ wende sich in einem Aufruf an die gesamte Ruhrarbeiterchaft mit der Aufforderung, den umfassenden Massenstreik der Betriebe auf dreitägiger Basis vorzubereiten. Auf diesen Werkanlagen hätten in den letzten Tagen Mitgliederversammlungen der revolutionären Organisationen stattgefunden, um die Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Am Abend des 1. Januar solle eine „Alarmierung“ aller revolutionären Organisationen abgehalten werden.

Dshilfe für den Minister

SPD Ueber das Bestehen des vor kurzem zum Staatsminister von Mecklenburg-Strelitz ernannten deutschen Nationalen Gutbesizers von Michael-Schönhauen ist von der zuständigen Stelle der Dshilfe das Sicherungsverfahren eröffnet worden.

Syndikalistische Streiks

SPD Madrid, 29. Dezember.

In Badajoz und Almeria wurde für 48 Stunden der Generalstreik erklärt. Die Streiks, von denen rund 80 000 Arbeiter betroffen wurden, sind von den Provinzgouverneuren für ungesetzlich erklärt worden.